

## **Pariser Historische Studien**

Bd. 50

1999

---

### Copyright

Das Digitalisat wird Ihnen von perspectivia.net, der Online-Publikationsplattform der Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland, zur Verfügung gestellt. Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

## Dokument 3

### JEAN MONNET AN WILLY BRANDT. SCHREIBEN VOM 31. OKTOBER 1969

Quelle: Fondation Jean Monnet pour l'Europe, AMK C 1/6/162<sup>1</sup>

Ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 27. Oktober<sup>2</sup>.

Ich denke wie Sie, daß eine schriftliche Darlegung dessen, was ich Ihnen sagen möchte, eine gute Vorbereitung für eine Unterhaltung zwischen uns darstellt.

#### I.

Seit 1950 haben die Länder Europas den Weg zur Einigung beschritten. Die Notwendigkeit, uns zu einigen, hat uns dazu gedrängt und drängt uns weiter jeden Tag. Es ist für die Menschen nicht natürlich, sich zu einigen. Die Notwendigkeit drängt sie dazu.

Als zivilisierte Länder verfolgen sie ihre Einigung gemäß der Bedingungen, die in ihrem Land existieren. Das heißt, daß sie versuchen, sich gemeinsam zu organisieren - zusammen die Probleme zu behandeln, die in der Ver-

<sup>1</sup> Beim vorliegenden Text handelt es sich um die deutsche Übersetzung des Schreibens. Der Durchschlag ist von Monnet abgezeichnet und mit der Anmerkung versehen: »Emporté par Mlle Zingg«. Ein weiteres Exemplar des Schreibens mit beigelegtem Memorandum befindet sich auch in: Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn), Aktengruppe Bundeskanzler, Mappe 14.

<sup>2</sup> In seinem Schreiben vom 27.10.1969 dankte Brandt Monnet für dessen Glückwünsche zu seiner Wahl zum Bundeskanzler und regte an, ihm seine »Überlegungen zu der Lage Europas nach dem Regierungswechsel in der Bundesrepublik« vor einem Gespräch möglichst schriftlich zu übermitteln (FJME, AMK C 1/6/157). Bereits im September war ein Treffen der Staats- und Regierungschefs der Länder der Europäischen Gemeinschaft vereinbart worden, das schließlich am 1. u. 2.12.1969 in Den Haag stattfinden sollte. Für den Kontext s. Jean MONNET, *Mémoires*, Paris 1976, S. 582ff.; Willy BRANDT, *Begegnungen und Einsichten*, Hamburg 1976, S. 318ff. sowie den Beitrag von Bossuat im vorliegenden Band, S. 353-385.

gangenheit auf nationaler Ebene behandelt wurden, gemeinsame Regeln und Institutionen sich zu eigen zu machen, um sie zu bearbeiten.

Dies alles enthält eine grundsätzliche Wandlung im Verständnis der Prinzipien, die die Grundlage der Beziehungen der Völker seit Jahrhunderten waren. Die nationale Souveränität war ein unantastbares Prinzip.

Die Gewaltanwendung, um das zu verteidigen, was als nationale Interessen - materielle oder die Wahrung des Prestiges - angesehen wurde oder um auf Kosten der anderen eben diese Interessen zu vergrößern, war jahrhundertlang die geläufige Form der Beziehungen zwischen den Völkern. Die Nationen waren ganz auf sich konzentriert.

Dann sind die Katastrophen der zwei Kriege gekommen. Die besiegten und gedemütigten Länder Europas haben eingesehen, daß sie die Probleme, die sich ihnen stellten, da sie zwei Giganten, den U.S.A. und der Sowjetunion gegenüberstehen, nicht allein lösen konnten.

So wurde die Einigung unter ihnen eine Notwendigkeit. Sie begannen sich zu einigen. Sie suchten die Formen dieser Einigung und allmählich führten ihre Fortschritte sie zu dem, was heute der Beginn Europas ist. Aber so wie es immer in der Geschichte der Initiative und eines Mannes bedarf, damit sich eine große Wandlung vollziehen kann, so haben 1950 Frankreich und Robert Schuman und eine kleine Gruppe, zu der ich gehörte, die Initiative der europäischen Einigung ergriffen.

Ich erinnere mich, wie sehr wir in unseren Gedanken von der Sorge geletet wurden, fünf Jahre nach dem Krieg das Gefühl der Rivalität, das zwischen unseren Ländern existierte, zu beseitigen.

Anstatt der Politik der Beherrschung von 1918 verfolgten wir die Politik der Gleichheit von 1950.

Dieser kritische Moment - diese Möglichkeit zum Handeln zeigte sich damals. Sie sind heute wieder da. Dadurch, daß Sie sich im Kanzleramt befinden, durch den wachsenden Wohlstand Deutschlands, der teilweise durch diese Einigung Europas begünstigt wurde. Wir finden uns unter Bedingungen wieder, die an 1950 erinnern. Aber unter umgekehrten Vorzeichen.

1950 war Deutschland besetzt und schwach, 1969 ist Deutschland reich und Sie sind Bundeskanzler. Damals hatte das wieder siegreiche Frankreich die Idee der Überlegenheit zurückgewiesen und einen Weg gesucht, wie Europa auf der Grundlage der Gleichheit zwischen den Völkern und besonders zwischen Deutschland und Frankreich organisiert werden könnte. Das war damals in Frankreichs Haltung eine großzügige<sup>3</sup> Geste.

<sup>3</sup> Im Text: großzügliche.

Ich kann Ihnen versichern, daß diese Sorge der Hauptgrund zur Schaffung des Schumanplans und zum Beginn der europäischen Einigung war.

Jahre sind seither vergangen - die wirtschaftliche Organisation hat Fortschritte gemacht - aber verschiedene Kräfte haben ihre Entwicklung verzögert.

Und nun befinden wir uns in einer Situation, die es erlaubt, hoffnungsvoll in die Zukunft zu schauen und neue grundsätzliche Fortschritte in der Einigung und Organisierung Europas zu machen.

Das ist der Gegenstand meines Briefes: Fortschritte zu machen und zwar unter anderem auf einem Gebiet, in dem sie unerlässlich und möglich sind: dem Bereich der Währung - in dem Deutschland glücklicherweise stark ist und der zur Entwicklung Europas wesentlich beitragen kann, wenn es vom gleichen Wunsch beseelt ist, der uns 1950 bewegt hat.

## II.

Die Gipfelkonferenz findet bald statt<sup>4</sup>. Sie wird die Gelegenheit bieten, die europäischen Erfordernisse von hoher Warte aus zu sehen und grundsätzliche und praktische Fortschritte zur Einigung der Völker Europas zu machen.

Die Umwandlung des Gemeinsamen Marktes in eine Wirtschafts- und Währungsunion - der Beginn der politischen Union - die Verhandlungen mit England, um seinen Beitritt zum gemeinsamen Markt und zum zukünftigen Europa zu ermöglichen, sind möglich - unter einer Bedingung: daß eine Initiative Ihrerseits das gegenwärtige Klima ändert, das ein Klima harter Detailverhandlungen ist, statt einer konstruktiven gemeinsamen Aktion zur Lösung der sich uns stellenden Probleme. Diese Initiative muß die währungspolitische Organisation der Sechs und die spätere Beteiligung Großbritanniens und der anderen Länder, die zum Gemeinsamen Markt gehören werden, zum Ziel haben.

Wie uns die Ereignisse der letzten Jahre gezeigt haben, ist ohne eine solche Organisation kein dauerhafter Fortschritt möglich - und damit dauerhafte Fortschritte gemacht werden können, ist eine gemeinsame Währungsorganisation unerlässlich.

Ich glaube, daß darin Elemente liegen, um die wirtschaftliche Organisation Europas auf solide Grundlagen zu stellen und - erlauben Sie mir, es zu sagen - um der Welt zu zeigen, daß Deutschland die Lösung seiner Probleme in einer gemeinsamen und großzügigen Aktion sieht: einer Initiative Ihrerseits,

<sup>4</sup> Gemeint ist die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Länder der Europäischen Gemeinschaft in Den Haag vom 1./2.12.1969.

um einen Teil der Währungsreserven Deutschlands in einen europäischen Reservefonds zu überführen, in dem sie mit den von den anderen Ländern deponierten Währungsreserven gemeinsam verwaltet würden.

Aus allen diesen Gründen schlage ich vor:

1. daß Sie auf der Gipfelkonferenz vorschlagen, daß in der Europäischen Gemeinschaft rasch ein Europäischer Reservefonds geschaffen wird, der das Instrument der währungspolitischen Solidarität der Länder der Gemeinschaft wäre,
2. daß Sie sich bereit erklären, einen Prozentsatz der gesamten deutschen Währungsreserven in ihn zu überführen zur gemeinsamen Verwaltung mit den Reserven, die die anderen Länder darin deponieren würden,
3. daß Sie eine Tagung der Sechs einberufen, um die technischen Modalitäten und die Organisation dieses Fonds festzulegen.

Ich übergebe Ihnen beiliegend ein kurzes Memorandum, in dem ich mich bemühe, die praktische Rolle dieses Fonds sowohl innerhalb wie außerhalb der Gemeinschaft zu präzisieren<sup>5</sup>.

Ich freue mich, Sie bald zu sehen. Ich verstehe sehr gut, wie außerordentlich Ihre Zeit in Anspruch genommen ist. Mein Besuch wird sehr kurz sein. Ich denke, daß ein kurzes Gespräch im Laufe der nächsten Woche, vor dem ...<sup>6</sup> November, sehr nützlich wäre. Ich werde mir erlauben, Herrn Dr. Ritzel Dienstag, den 4. November zu telefonieren, um zu erfahren, wann Sie mich für ein paar Minuten empfangen könnten<sup>7</sup>.

Jean Monnet

<sup>5</sup> Dem beigefügten Memorandum zufolge sollte eines der wichtigsten Instrumente des Europäischen Reservefonds die »gemeinsame Verwaltung des wachsenden Teils der nationalen Währungsreserven« sein, ergänzt durch weitere Kompetenzen im Bereich der Währungspolitik. Nach einer Phase der »Harmonisierung der Wirtschafts- und Währungspolitik der einzelnen Länder« sollte als letzte Etappe der Wirtschafts- und Währungsintegration unter den Gemeinschaftsländern die »Verschmelzung ihrer einzelnen Währungen in eine einzige Währung« durchgeführt werden (Memorandum vom 31.10.1969, FJME, AMK C 1/6/163).

<sup>6</sup> Datum nicht präzisiert. Auf dem Exemplar im Willy-Brandt-Archiv (Anm. 1) ist der 9. November eingefügt.

<sup>7</sup> Gerhard Ritzel war als Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt Mitarbeiter von Willy Brandt. Die hier angesprochene Besprechung zwischen Brandt und Monnet fand am 7.11.1969 in Bonn statt (Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt Focke, Vermerk für den Herrn Bundeskanzler, 21.11.1969, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn), Bestand Focke, Mappe 100).